

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

Band 9

Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/128

Die einseitige Erinnerungskultur der umerzogenen Deutschen, Teil 4

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Mai 2005 (x887/...):

>>"**Nie wieder Deutschland**"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil II
von Klaus Wippermann

In einer solchen Zeit ist auch die vielgerühmte Innere Führung nichts als Aktenstaub, wenn sie nicht gegen Anpassertum und Opportunismus vorgelebt wird. Ein Beispiel dafür ist der "unehrenhaft" entlassene Brigadegeneral Reinhard Günzel.

In seiner wegweisenden Rede vom Frühjahr 2004 in Berlin über "Das Ethos des Offiziers" hat er die heute mehr als je notwendigen Wertorientierungen benannt. Nachdem er die Kategorien Opportunismus und Feigheit als für das deutsche Militär offenbar neue, verbindliche "Qualitäten" aus eigener Erfahrung charakterisiert hatte, schloß er mit einem Ausblick auf dieselbe "Qualitäten" unserer veröffentlichten Meinung mit einem Zitat des Dichters Gottfried Benn: "Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten."

Das war jetzt ein etwas rascher Durchgang zum Verhältnis Erinnern - Vergessen - Nichtachtung beziehungsweise Verachtung mit einem Akzent auf der Militärgeschichte und des heutigen Militärs aus Anlaß des 8. Mai.

Ein gewisser Schwerpunkt soll im folgenden sein, wie es zu diesem deutschen Sonderweg des Verlustes von nationaler wie staatlicher Selbstachtung gekommen ist, - wer diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflußte und wer sie heute fördert - und nicht zuletzt: welche Interessen und Ziele dahinter stehen. Diese sind durchaus konkret zu benennen, denn auch hier gibt es "Täter" und "Opfer". Und es sei nochmals betont: Hier handelt es sich nicht um ein akademisches Thema, sondern um ein für unseren Staat existentielles.

Im Gegensatz dazu steht nicht, daß auch von Geschichtspolitik die Rede sein wird, von instrumentalisierter Erinnerungspolitik, denn diese bestimmt nicht nur das Handeln beziehungsweise die Barrieren für ein rationales Handeln der "hohen" Politik, sondern sie beeinflußt auch unser Alltagsleben, unser alltägliches Selbstverständnis - wenn wir etwa unablässig eingehämmert bekommen, daß wir ein "Tätervolk" seien, daß wir uns in Fortsetzung des unseligen Kollektivschuldvorwurfs als "Volk der Täter" zu verstehen hätten. Eigenartigerweise wird das "Völkische" in diesen "Tätervolk"-Anklagen von den Beschuldigten offenbar gar nicht bemerkt. Denn andererseits soll es ja, wenn es nach ihnen geht, kein "deutsches Volk" mehr geben, sondern nur noch eine identitätslose und somit manipulierbare "Bevölkerung".

Wie diese Strategie der Manipulation funktioniert, hat der Historiker Michael Stürmer in ä-

ßerster Knappheit folgendermaßen formuliert: daß nämlich "in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet". Stürmer tat diesen Ausspruch ein Jahr nach der berühmten Rede Richard von Weizsäckers: "Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", seiner Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages.

Diese vielbeachtete und in hoher Auflage verbreitete Rede wurde damals - man muß heute sagen: seltsamerweise - als eine Art Durchbruch und Aufbruch verstanden. Warum? Weizsäcker widersprach zum einen der wiederauferstandenen Kollektivschuldthese: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Landes gibt es nicht. Schuld ist ... nicht kollektiv, sondern persönlich." Und er fuhr fort: "Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben."

Diese Rede wurde vor 20 Jahren gehalten. Nach der heutigen indoktrinierten veröffentlichten Meinung wird nun sogar von den Enkel- und Urenkelkindern ein Schuldbekennnis erwartet und eingefordert. Und wenn es nach dem Wunsch von Funktionären wie Michel Friedman gehen sollte, hat dies für alle Ewigkeiten zu gelten.

Der andere, damals ebenfalls wie die Ablehnung der Kollektivschuldthese zu Recht als positiv gewertete Aspekt der Weizsäcker-Rede war, daß er auch an die deutschen Opfer erinnerte. Heute würde von Weizsäcker dafür wohl aus der CDU ausgeschlossen, wenn man unter anderem die Berliner Vorgänge um einen dortigen Bezirksbürgermeister und die Auseinandersetzungen um seine Wertung des 8. Mai oder auch seine Ansprache zum Volkstrauertag 2004 als Maßstab nimmt.

Dabei hatte schon Theodor Heuss von einer "tragischen Paradoxie des 8. Mai" gesprochen, daß nämlich mit der bedingungslosen Kapitulation die Deutschen "in einem zugleich befreit und vernichtet worden sind".

Den Tag der Kapitulation nur als "Tag der Befreiung" zu deuten, ohne zugleich des mit diesem Tag beginnenden millionenfachen Todes in Deutschland sowie abermals beginnender Unfreiheit hierzulande zu gedenken, das wäre ihm nicht in den Sinn gekommen. Und auch nicht Kurt Schumacher, der zu selben Zeit ebenfalls auch scharf kritisierte: "Mit dem Wort von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschland nicht vornehmen kann." Diese Worte des früheren KZ-Häftlings und Vorsitzenden der SPD von der Kollektivschuld als "große geschichtliche Lüge" wären heute nicht mehr publizierbar, da sie den Nachteil haben, der Wahrheit zu entsprechen.

Die Kritik von Konservativen und Geschichtsbewußten an der Rede von Weizsäckers entzündete sich später an anderen seiner Formulierungen, hatte dieser doch selber zunächst betont - und damit eine Definition für die "Kunst des Erinnerns" gegeben - "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit." Wie aber vertrug sich mit diesem Anspruch auf Wahrhaftigkeit sein lapidarer Satz: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", wo doch die bekannte Militärdirektive JCS 1067 der Alliierten bestimmte: "Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."

Zu von Weizsäckers Gunsten muß hinzugefügt werden, daß er auch das nun beginnende Leid benannte: "Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai begannen und danach folgten." Aber bei der Benennung dieser Leiden blieb er doch sehr zurückhaltend bis hin zu der von vielen als skandalös empfundenen Formulierung von der "erzwungenen Wanderschaft Millionen Deutscher".

Daß es sich bei dieser "Wanderschaft" um brutale Vertreibung, um den Tod von Millionen von Menschen, also um einen Völkermord handelte, davon kein Wort. Auch kein Wort, daß

hier ein in der neueren Geschichte Europas unvergleichlicher Raub von fast einem Drittel des früheren deutschen Reichsgebietes - gegen jedes Völkerrecht - erfolgte. Statt dessen fand von Weizsäcker erwähnenswert: "Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber." Daß, als er diese offenbar versöhnlich gemeinten Worte sprach, die deutschen Gräber von den Polen schon längst zerstört und abgeräumt sowie überall die Erinnerungen an die Jahrhunderte deutsche Kulturleistungen ausgelöscht worden waren - auch darüber in seiner Rede kein Wort!

Eine ähnlich verharmlosende Geschichtssicht - immer dann, wenn es um die Schuld anderer Staaten geht - ist es auch, wenn von Weizsäcker sagte: "Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen." Erfolgte etwa kein sowjetischer Überfall auf Polen und dann auf Finnland? Gab es keine noch sehr viel weiterreichenden globalen Eroberungsstrategien der Sowjetunion? Hat es nicht die insgesamt 80 Millionen Opfer roter Diktaturen gegeben - eine welthistorisch wahrhaft unvergleichliche Zahl?

Diese sehr viel größeren Verbrechen des "linken Faschismus" (um eine Formulierung von Jürgen Habermas aufzugreifen) werden bis heute aufgrund bestimmter Interessen bewußt verschwiegen. Dagegen ist die anhaltende Tendenz unübersehbar, immer noch uns Deutschen angeblichen Militarismus und imperiales Streben zuzusprechen, andere Staaten aber trotz ihrer eindeutigen Vergangenheit davon freizusprechen. Und so wird auch der eigentliche deutsche Sonderweg sichtbar:

Während alle Staaten dieser Welt ihre Geschichte zu ihren Gunsten schreiben - und das heißt allermeist zu ihren Gunsten fälschen, zumal wenn es gilt, Ansprüche gegenüber ihren Nachbarn zu erheben oder deren Ansprüche abzuwehren -, fälschen wir Deutschen als einziger Staat unsere Geschichte dann, wenn die Fakten zu unseren Gunsten sprechen, ferner auch, um etwaige eigene Ansprüche zu leugnen oder zu vermeiden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 2005 (x887/...):
>>"**Nie wieder Deutschland**"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil III
von Klaus Wippermann

Weizsäcker bewegte sich in seiner viel beachteten Rede in den Bahnen eben dieser Geschichtspolitik, als er grundsätzlich feststellte: "Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." Diese mittlerweile zum Glaubenssatz erhobene Feststellung wird seither in allen Variationen wiederholt, aber sie wird deshalb nicht wahrer - auch wenn das immer weniger Menschen wissen.

Wahr ist hingegen, daß der 30. Januar 1933 nicht von 1914 und 1919 - dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Versailler Vertrag - zu trennen ist. Bei der Nennung dieser Jahresdaten - oder vielmehr der Schicksalsdaten - geht es nicht etwa um historische Besserwisserei, sondern um eine fundamentale Einordnung der deutschen Geschichte in den europäischen Kontext im 20. Jahrhundert. Mehr noch: Es geht um die Korrektur eines ganzen Geschichtsbildes, das uns von außen - und mittlerweile auch von innen - zu bestimmten Zwecken auferlegt wurde und noch wird.

Die Korrektur solcher Geschichtsbilder - selbst wenn diese aufgrund neuer, zweifelsfreier Fakten erfolgt - wird immer dann als "Revisionismus" verurteilt, wenn damit politische Weltbilder und ideologische Herrschaftsansprüche in Gefahr geraten. Der Verzicht auf solche neuen historischen Forschungserkenntnisse bedeutet jedoch das Ende dieser Wissenschaft und den Beginn ihrer Transformation in die Theologie oder vulgär in die Ideologie. Dieses Stadium haben nicht wenige Autoren und ihre Publikationen bei uns erreicht.

Daß insbesondere nach verlorenen Kriegen Tatsachen manipuliert und verfälscht werden, das mögen zwei Zitate zweier sehr unterschiedlicher Autoren veranschaulichen. Erstens Bertolt Brecht: "Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen

entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge." Zweitens der amerikanische Publizist und Politiker Patrick A. Buchanan: "Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben. Die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde." Buchanan war übrigens zu vornehm, um zugleich zu erwähnen, daß es auch die Deutschen selbst seien, die nichts von dem an ihnen verübten Unrecht wissen wollen beziehungsweise diesen Zustand des Nichtwissens, also letztlich den der eigenen Desinformation, selber aufrechterhalten.

Wie die Herbeiführung von zunächst Lüge und dann Vergessen funktioniert, das hat gleichfalls ein Amerikaner beschrieben. Mit Blick auf Deutschland in der Nachkriegszeit sagte der bekannte Publizist Walter Lippmann zu den Zielen der "re-education", der "Umerziehung": Der Sieg über ein Land sei erst dann vollständig, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Schulbücher des besiegten Landes gefunden hat und sie von den nachfolgenden Generationen als unbestreitbare Wahrheit geglaubt wird.

Diesen Zustand volkspädagogischer Geschichtspolitik oder geschichtspolitischer Volkspädagogik haben wir seit langem erreicht.

Dagegen befanden britische Politiker und Wissenschaftler schon seit längerem, daß die Westmächte einen "30jährigen Krieg gegen Deutschland" geführt hätten - das heißt, daß 1914 zu 1945 führte, ohne das Jahr 1933 als entscheidende Zäsur dazwischen. Die Erinnerungsfähigkeit - und man muß in diesem Fall sagen: die Fairneß - der Briten reicht also etwas weiter zurück, vor die Zeitmauer der sogenannten Machtergreifung.

Der Historiker Fritz Fischer hatte zwar Anfang der 60er Jahre versucht, eine dominierende Rolle Deutschlands beim Kriegsausbruch 1914 zu konstruieren ("Griff nach der Weltmacht"), aber die Briten sind hier weitaus zurückhaltender. Und sie haben auch jeden Grund dazu, selbst wenn man nur die europäische Geschichte betrachtet. Dabei geht es nicht nur um die gezielte britische Einkreisungspolitik gegen Deutschland von 1914 - sowohl politisch wie militärisch - mit Hilfe Frankreichs, das seit 40 Jahren ununterbrochen Revanche, das heißt den Krieg mit Deutschland forderte, sondern auch mit Hilfe des antidemokratischen, imperialen Rußland. Diese Politik wiederholte sich vor und während des Zweiten Weltkrieges.

Was die verfälschte, manipulierte Erinnerung an jene Epoche betrifft, die Ernst Nolte als die des "Europäischen Bürgerkrieges" bezeichnete, so sei dies kurz anhand von drei zeitgeschichtlichen Begriffen illustriert, die bis heute unser historisches Bewußtsein ganz entscheidend prägen. Hier geht es nicht um die "Kunst des Erinnerns", sondern im Gegenteil um die des Fälschens. Es sind dies die Begriffe "Friedensvertrag von Versailles", die "Anti-Hitler-Koalition" und das "Potsdamer Abkommen". Sie betreffen die Zwischenkriegszeit, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit, also jenen mehr als zweiten "30jährigen Krieg gegen Deutschland".

Wie sehr die Erforschung dieses zeitlichen Terrains nach wie vor tabuisiert, ja geradezu vermint ist - und dies ausgerechnet von uns Deutschen selbst zu unserem eigenen Schaden -, das zeigen unter anderem die strikt ablehnenden Reaktionen auf die Bücher von Gerd Schultze-Rhonhof "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte", und von Stefan Scheil: "Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges".

Hier nur sehr kurz eine Demaskierung jener drei Begriffe. Erstens: Der Versailler Vertrag - in unseren Geschichtsbüchern nach wie vor irreführend als "Friedensvertrag" bezeichnet - war, in Umkehrung der Formel von Clausewitz, eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. In der Weimarer Republik hatte man dies durchaus noch so gesehen, und selbst der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte diesen "Vertrag" so charakterisiert. Der "polnische Korridor" wie auch die Annektion des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei waren faktisch Kriegserklärungen von Kleinstaaten an die europäische Zentralmacht. Jeder andere grö-

ßere europäische Staat hätte jedenfalls solche völkerrechtswidrigen, militanten Maßnahmen gegen sich so verstanden.

Polen galt im übrigen damals - ganz im Gegensatz zu seiner bis heute anhaltenden Geschichtspraganda - in den 20er Jahren als der aggressivste Staat Europas, der sogleich nach seiner Wiedergründung - unter anderem durch das Deutsche Reich selbst - mit jedem seiner Nachbarn den politischen oder militärischen Konflikt zwecks weiteren Landraubs suchte.

Man denke nur an seinen unprovokierten Angriffskrieg gegen die noch junge Sowjetunion und das riesige, von Polen im Osten eroberte Gebiet, dessen Wiederherausgabe 1945 die Begründung für Polens sogenannte "Westverschiebung" und die Vertreibung von über neun Millionen Deutschen wurde. Eine Argumentation, die bis heute bei uns geglaubt wird. Ähnlich ist es mit der Tschechischen Republik und den Benesch-Dekreten. Eine gute Nachbarschaft, die wir alle wollen, wird durch eine solche zutiefst unwahrhaftige Geschichtspolitik sehr erschwert.

Zweitens: Die sogenannte "Anti-Hitler-Koalition". Sie war das Bündnis von zwei Demokratien mit einer Diktatur, welche nichts weniger als die Vernichtung eben dieser Demokratien zum Programm hatte, und mit einem Diktator, dessen Verbrechen diejenigen Hitlers bei weitem überstiegen. Und eine dieser Demokratien hatte den Krieg erklärt, weil die Deutschen dasjenige Unrecht beheben wollten, welches diese Demokratie zuvor selbst herbeigeführt hatte. Von den geradezu ungeheuren Kriegs- und Nachkriegsverbrechen beider Demokratien gemeinsam mit jener Diktatur ganz zu schweigen. Das alles verbirgt sich also in Wahrheit hinter diesem scheinbar so positiven, "antifaschistischen" Begriff für die "Wiederherstellung von Freiheit".

Drittens: Das "Potsdamer Abkommen". Mit diesem geradezu skandalös verharmlosenden, bürokratischen Terminus werden Nachkriegsverbrechen verdeckt, die in ihrer Art einzigartig sind - es geht hier um die Dimension eines Völkermords sowie um den größten Landraub der neueren Geschichte. Dabei galt dieses sogenannte "Abkommen" selbst den Deutschen in der Emigration als ein Verbrechen. So verurteilte Hubertus Prinz zu Löwenstein, der Generalsekretär der American Guild for German Cultural Freedom, es mit äußerst scharfen Worten und zog eine Parallele zum Morgenthauplan: "Niemals waren Arroganz, Schamlosigkeit, Verrat von Grundsätzen, Dummheit und Schuld so eng mit einander verflochten ... Und dann reden sie von einem ‚gerechten Frieden‘! Das ist bewußter Betrug am amerikanischen Volk, welches all dies, wäre die ganze Wahrheit offenbar, nicht hinnehmen würde." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Juni 2005 (x887/...):

>>**Das klaffend Verschlingende**

Autor Jürgen Lodemann hat die Siegfried-Sage auf faszinierende Art und Weise neu belebt und gedeutet

Am Anfang war das Ginnungagap (leerer Raum zu Beginn des Weltgeschehens), das Chaos, das klaffend Schlingende, das Unerschaffene. So fängt Jürgen Lodemanns geniale und monströse Nacherzählung der Siegfried-Sage an. Und zieht auch uns sogleich in ihren Bann, und wir verschlingen die 888 Seiten dieses wunderlichen Buches.

Der Autor Jürgen Lodemann suchte wie Heinrich Schliemann, der die Wirklichkeit des Trojanischen Krieges hinter den Versen der Ilias suchte, nach einem versunkenen Schatz. Da mußte noch mehr gewesen sein. Das mittelhochdeutsche Nibelungenlied fängt bekanntlich mit den Versen an: Uns ist in alten maeren, wunders vil geseit, von helden lobebaeren, von grozer arebeit. Der anonyme Autor der Stauferzeit spricht also selbst von einer sehr alten Vorlage; offenbar einem Ur-Nibelungen-Lied aus der Völkerwanderungszeit, das die Vernichtung der Burgunder durch die Hunnen (436) widerspiegelt und mit älteren Sagen vom Drachentöter vermischt.

700 Jahre muß der Stoff von Sängern und Spielleuten überliefert worden sein, bevor es, um 1200, als ritterlich-höfisches Epos aufgeschrieben wurde, ebenso wie um 800 die Lieder der

Edda zu diesem Themenkreis. Richard Wagner verarbeitete beide Dichtungen und gab ihnen im "Ring des Nibelungen" eine bis heute überzeugende Form.

Doch Jürgen Lodemann interessierte nur die "alte Märe". Er hat eine Idee, wie sie ausgesehen haben müßte, und schreibt sie auf. Seine Vision: der jüngste Bruder von Kriemhild, Giselher, der die Ermordung Siegfrieds miterlebte, schreibt einen Augenzeugenbericht über die Ereignisse. Ein irischer Mönch namens Kilian bringt die Chronik in seine Heimat und übersetzt sie ins irische Keltisch. Lodemann erfindet auch einen englischen Gelehrten mit dem vielversprechenden Namen Schazman, der um 1900 diese "Kilianschronik" entdeckt und auf englisch publiziert. Und er erfindet sich, der diese Schatzman-Übersetzung entdeckt und uns aufschreibt, auf deutsch, im 3. Jahrtausend.

Wie Schliemann in der Erde Trojas gräbt Jürgen Lodemann im Urgrund der Sprache. Er sucht in der Tiefe der lebendigen Sprache, der Namen und Ortsnamen, Flußnamen und Bergketten und fördert Beweise um Beweise für seine Vision ans Licht. Da ist der Odenwald, an dem wir hundertmal auf der Autobahn vorbeifahren: das war einst der Odin-Wald. Das waldige, erzei- che Buochenheim, wo die ersten Stahl-Schmieden entstanden, entschlüsselt sich leicht zu Bo- chum, die Loreley war der Fels, wo die Nymphen "lurten", bei Frankfurt, wo man heute noch den guten Äppelwoi trinkt, lag Sachsenhausen - dort waren unter den Karolingern einst Sach- sen angesiedelt worden.

Vor allem prüft Lodemann mit großer Sorgfalt die lateinischen Texte des 5. Jahrhunderts. Da zerbrach das Römische Reich. Die germanischen Stämme, die es zerschlagen hatten, wurden christianisiert - und teilweise romanisiert, besonders die Burgunder. Nach der furchtbaren Niederlage gegen die Hunnen siedelten sich die Reste in der heutigen Bourgogne (Weinbau- gebiet in Burgund) an. 20 Jahre wühlte und grub der Schriftsteller und Funk-Redakteur Jürgen Lodemann, besessen von seiner Vision, in der Fachliteratur. Und dann war es soweit: Zum Vorschein kam, funkelnd und neu, wie die Fresken von Frau Angelico unter der Tünche von 1830, das deutsche National-Epos, spannend wie Umberto Eco, nahtlos dicht geschrieben wie von Grünbein, von überbordender Sprachphantasie wie Grass in seinen frühen Jahren.

Atemlos geht es in nie ermattendem Sprachfluß von einer großen Szene zur anderen, von der mörderischen Nordlandfahrt, dem ausgedehnten Hochzeitsmahl, dem Kampf mit den Sachsen bis zu der Versenkung des Nibelungenhorts. Alle, auch die märchenhaften Ereignisse, der Drachenkampf, die Waberlohe auf dem Isenstein, bleiben für die Phantasie zumutbar: der Drache erweitert sich glaubhaft zu einem Symbol der Besitzgier, die Schilderung der Braut- probe und des Wettkampfs der Superathleten wird einen Sportfreund eher an Doping denken lassen, die Waberlohe läßt sich als Polarlicht deuten.

Selbst die Tarnkappe könnte eine optische oder - halluzinatorische Täuschung sein, der Autor läßt es offen. So bleibt vor allem der zweifache Betrug der Braut durch die Tarnkappe buch- stäblich im Dunkel, diese tragische, alle Not verursachende UnTat. (Sic! Zusammensetzung vom Autor Lodemann) Um so greller und überdeutlich der Streit der Frauen vor dem Münster von Worms. Jede Person steht da überzeugend im Recht, wie in der großen Tragödie.

Doch - groß ist nicht alles, was ein großer Mann tut - Jürgen Lodemann hat eine Botschaft. Eine politisch-moralische Botschaft. Auch ist Lodemanns Siegfried sprachlich zu deuten als einer, der den Frieden siegen lassen will, und war tatsächlich ein Nachfahr von Arminius, der um 9 nach Christus die Römer schlug und in der älteren Edda, bei den nordgermanischen Umschreibern eines wahrscheinlich verlorenen "Ur-Siegfriedlieds", Sigurd heißt. In Büchern der ultrarechten Szene über die Schlacht im Teutoburger Wald wird einfach behauptet, Armi- nius, der Befreier der Germanenvölker jenseits des Rheins von römischer Zwangsherrschaft, sei Siegfried. Bei Lodemann ist er der Einiger der germanischen Stämme, aber auch der sozia- le Befreier.

Vor der Vereinnahmung durch die "Rechten" hat Lodemann eine Heidenangst. Er vermeidet

deshalb sogar die Benutzung des Sammelbegriffs Germanen wie der Teufel das Weihwasser, es findet sich kaum eine Seite, auf der nicht die kleinen Leute in Burgund "Kelten" genannt werden: Diese Art politisch-historischer Korrektheit wirkt gelegentlich komisch, doch wird auch das durch die dichterische Phantasie des Autors aufgefangen: Da haben eben die burgundischen Adligen das Wort Kelten als Schimpfwort benutzt, die als Hinterwäldler ähnlich verachtet wurden wie die "Kahlgeschorenen", die Leibeigenen.

Bei Seite 341 habe ich geheult. Du, lieber Leser, wirst es auch. Doch nicht nur heulen darf der Leser, Siegfried/Arminius soll uns zu denken geben, die Umweltschutz- und antiamerikanischen Tendenzen sind unverkennbar, aber eben auch einleuchtend. Das Imperium (hier das römische, vom katholischen Klerus gestützte) ist das US-Imperium! Doch die ruchlose Tat begingen nicht die Römer und die katholischen Sittenlehrer, die "Betäuber und LeidZuteiler". Sie selber, der strahlende Siegfried und die arglos liebende Kriemhild, führen, ganz wie in der Sage schuldlos schuldig werdend, den Untergang herbei. Das ist das Große an diesem kühnen Buch: Die Ehrfurcht vor den alten Texten.

Jürgen Lodemann: "Siegfried und Kriemhild", Klett-Cotta, Stuttgart, 888 Seiten ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2005 (x887/...):

>>"**Nie wieder Deutschland**"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Letzter Teil von Klaus Wippermann

Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsm Manipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...

Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorauseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.

Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.

Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"

Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation -, hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.

Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler (und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten) Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld". Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham- und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.

Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."

Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: "Allemagne - Chronique d'un Mort annoncé" (Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes) vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".

Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt." ...

Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.

Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert

zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."

Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesellschaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.

Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewiesenen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.

Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl."

Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juli 2005 (x887/...):

>>Das Böse austreiben

Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen

Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile taufriisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter der Deutschen derartig verändert hat?"

Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besatzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.

Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. ...

Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchver-

lage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.

Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 2005 (x887/...): >>Einführung der Sklaverei

Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen

Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Zeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Artikeln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegenes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.

Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.

Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.

Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmins durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.

Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".

Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang gesetzt zu haben.

Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs

1945", Schnellroda 2005 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. November 2005 (x887/...): >>**Nicht Anklage, sondern Belege**

Junger Historiker über Hintergründe der Grausamkeiten des Ostfeldzuges

Wenn man Beiträge in Publikumszeitschriften oder angebliche Dokumentarfilme im Fernsehen über den deutsch-sowjetischen Krieg sieht, dann scheint alles klar zu sein: Die deutsche Wehrmacht hat die UdSSR ohne Grund "überfallen", um einen "verbrecherischen Vernichtungskrieg" zu führen.

Einig sind sich alle von Reemtsma bis zu dem einst in der DDR hoch angesehenen Historiker Groehler, daß die ohne Zweifel grausame Kriegführung allein von den Deutschen verursacht worden sei.

Und tatsächlich war die Kriegführung im Osten zunehmend grausam oder wie ein deutscher General es nach Hause schrieb: "Hier herrschen Verhältnisse wie im Dreißigjährigen Krieg." Waren daran wirklich allein die Deutschen schuld?

Nun kommt ein junger Historiker namens Klaus Jochen Arnold (37) daher und schreibt eine umfangreiche wissenschaftliche Abhandlung unter dem Titel "Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion", die von der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, als Dissertation angenommen und als Band 23 in die Reihe "Zeitgeschichtliche Forschungen" aufgenommen wurde. Gleich zu Anfang schreibt der Autor, die Diskussion um die Erforschung des Kriegsverlaufes in der UdSSR werde "kontrovers" geführt, daß also noch keineswegs einhellig die Frage geklärt sei, was in der UdSSR von 1941 bis 1945 geschehen ist und warum.

Arnold befaßt sich mit Planung und Vorbereitung des "Unternehmens Barbarossa", mit der Radikalisierung der Kriegführung auf beiden Seiten, mit der deutschen Besatzungspolitik, mit dem Verhalten der Wehrmacht in den gesetzten Gebieten, mit dem Massensterben der kriegsgefangenen Sowjetsoldaten, mit der Partisanenbekämpfung und mit dem Mord an Juden. Er berichtet nicht allein, sondern fragt stets nach den Gründen, den Ursachen. Und da kommt - was bislang fast immer verschwiegen wurde - der sowjetische Geheimdienst, der NKWD, ebenso ins Spiel wie Stalins menschenverachtende Politik.

So erhält die angeblich von der deutschen Führung planmäßig durchgeführte "Hungerpolitik" gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen und den Großstädten eine ganz andere Bedeutung. Man erfährt, wie die Wehrmachtführung geradezu verzweifelt versucht hat, die Millionen von Kriegsgefangenen zu ernähren - weitgehend ohne Erfolg. Die Behauptung, das alles sei planmäßig herbeigeführt, um die "slawischen Untermenschen" auszurotten, entpuppt sich als Propagandageschwätz.

Ursachen waren vielmehr der Zusammenbruch des Transportsystems und die Verwüstungen durch die sowjetische Politik der "verbrannten Erde".

Arnold belegt jede seiner Feststellungen mit dem Verweis auf die zugrunde liegenden Quellen. Er beschuldigt nicht - er weist nach. So muß Geschichte geschrieben werden. Schade nur, daß das wissenschaftliche Werk kaum eine weite Verbreitung finden dürfte. Es wäre erfreulich, wenn sich der Autor etwa nach dem Muster britischer oder amerikanischer Wissenschaftler dazu durchringen könnte, aus seinen Forschungsergebnissen ein populärwissenschaftliches Buch zu machen.

Klaus Jochen Arnold: "Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion - Kriegführung und Radikalisierung im Unternehmen Barbarossa", Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2005, geb., acht Kartenskizzen, 580 Seiten ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Juni 2006: >>"Im Auftrag des Gewissens"

Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats

Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.

Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003 und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen Anschlags". Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht vollständig geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zvai Leumi", auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte.

Begin legte Protest ein

Die Attentäter handelten im Auftrag prominenter Mitglieder von Begins Partei "Cheruth", die aus dem "Irgun" hervorgegangen war. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des Attentäters Elieser Sudit. In stiller Verehrung nennt Sudit darin den Drahtzieher des Attentats: Menachem Begin.

Anfang April 1952 waren in Paris fünf Israelis festgenommen wurden, von denen vier Mitglieder seiner "Cheruth"-Partei waren. Die französische Polizei warf ihnen vor, an dem Paketbomben-Attentat beteiligt zu sein, das kurz zuvor Adenauer getroffen hatte. Begin - so berichtete die Pariser Zeitung "France Soir" am 5. April 1952 - verlangte von dem französischen Geschäftsträger in Israel nähere Informationen über die Vorkommnisse in Frankreich. Anschließend legte er Protest ein.

Tod eines Sprengmeisters

Am 27. März 1952 hatte ein unbekannter Mann am Münchner Hauptbahnhof zwei Buben ein Paket gegeben. Sie sollten es in Schwabing auf die Post bringen. Die Adresse der Sendung lautete: "An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundeshaus, Bonn". Am Abend explodierte das Paket im Keller des Polizeipräsidiums und tötete einen Sprengmeister.

Kurz darauf trafen zwei kleinere Briefbomben in Wassenaar bei Den Haag ein, wo Deutschland und Israel über einen Vertrag verhandelten, der als "Wiedergutmachungsabkommen" oder "Shilumim" in die Geschichte eingehen sollte. Kurz darauf bezichtigte sich eine bis dahin unbekannte "Organisation Jüdischer Partisanen" der Attentatsversuche. Das Ziel der Anschläge war nun klar: Sie sollten eine erste Verständigung zwischen Deutschland und Israel verhindern.

Menachem Begin war 1978 zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, weil beide den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu Wege gebracht hatten.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 25. September 2006: >>**Ernest**

Hemingway: "Ich töte gerne"

Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.

Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA zurückgefliegen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies passieren können:

"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn

töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.

Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.

1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatter den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infanterie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.

In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.

Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.

Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechtersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.

Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juni 2007 (x887/...):

>>**Lehrreiche Lektüre für Träumer**

Volker Koops Buch "Besetzt" zerstört eventuelle Illusionen, daß die Alliierten Deutschland 1945 hätten befreien wollen

... Das erste, was sie unternahmen, war die Demontage der noch unzerstörten Rest der deutschen Industrie, so dem Geist des Morgenthau-Plans folgend, der allerdings offiziell nicht in Kraft gesetzt worden war. Deutschland sollte zerstört werden - weiter reichten die von wenig politischer Weisheit getragenen Absichten nicht.

Volker Koop berichtet, wie die US-Amerikaner nicht nur auf deutsche Patente, von denen sie 346.000 erbeuteten, Jagd machten, sondern auch auf Kunstschatze. So ließ die Militärregierung Hunderte von Gemälden aus deutschen Museen in die USA transportieren, die erst aufgrund von heftigen Protesten im Heimatland nach einigen Jahren zurückgegeben wurden. Rund 100 deutsche Wissenschaftler wurden in der "Operation Overcast" mehr oder weniger freiwillig in die USA gebracht, damit sie ihre Kenntnisse der US-amerikanischen Rüstung zugute kommen ließen.

Die Sieger hatten auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Millionen deutscher Kriegsgefangener nach dem Sieg als Zwangsarbeiter zu deportieren. So überließen die US-Amerikaner 1,3 Millionen deutsche Kriegsgefangener den Franzosen, welche die meisten unter unmenschlichen Bedingungen in Bergwerken, beim Minenräumen und - da ging es ihnen noch am besten - in der Landwirtschaft einsetzten.

Insgesamt 7,8 Millionen deutsche Soldaten waren bei der Kapitulation den US-Amerikanern in die Hände gefallen. Sie machte man rechtlos, indem man ihnen den Kriegsgefangenenstatus absprach und sie zu "Disarmed Enemy Forces" (entwaffnete feindliche Streitkräfte) erklärte. Dann war man nach dem Völkerrecht nicht mehr verpflichtet, sie zu verpflegen, ihnen Unterkunft und Bekleidung zu stellen und sie schnellstens zu entlassen.

So verreckten denn Tausende nicht nur auf den Rheinwiesen, sondern auch in anderen Lagern, in die sie zusammengetrieben wurden, ohne daß sie versorgt wurden. Und das nicht etwa, weil es Versorgungsschwierigkeiten gegeben hätte, sondern weil das der politische Wille der US-amerikanischen Führung war.

Auf der politischen Ebene gerieten sich sehr schnell die Westalliierten und die Sowjetunion in die Haare, so daß die zunächst angekündigte Erhaltung der Einheit Deutschlands schon zwei Jahre nach Kriegsende mit der Londoner Außenministerkonferenz scheiterte. Alles trieb auf die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten zu, damit sich die Westalliierten und die Sowjetunion das Potential in dem jeweils von ihnen besetzten Teil Deutschlands für die sich anbahnenden Konflikte sichern konnten. Immer noch aber wußten die Alliierten nicht, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen sollten.

Da wurden Pläne gesponnen über die Neutralisierung Deutschlands, über die Dezentralisierung der westlichen Zonen, über die internationale Kontrolle, die man über weite deutsche Gebiete verhängen wollte. Und die Deutschen hungerten, froren und schlugen sich mühsam durchs Leben. Die von den Alliierten zugebilligten Lebensmittelrationen sanken zeitweise auf 850 Kalorien pro Tag. Wer sich allein von den Lebensmittelmarken ernähren mußte, war dem Hungertod ausgesetzt.

Aber die Deutschen schlugen sich durch: Sie hamsterten auf dem Lande, tauschten, betrieben Schwarzhandel, legten auf jedem brauchbaren Stückchen Erde Gärten an, klauten Kohle von den Zügen, die deutsche Kohle ins Ausland bringen sollten. Der beste Schutz war der Zusammenhalt der Familien, während Alleinstehende und kleine Kinder die größte Not litten und häufig genug nicht überlebten.

Inzwischen entnazifizierten und entmilitarisierten die US-Amerikaner die Deutschen. Jeder, der irgendwie in der vorangegangenen Zeit politisch engagiert war, verlor seine Stellung. Etwa 80.000 Deutsche wurden im Rahmen des "Automatic Arrest" automatisch festgenommen und in Internierungslager gesteckt, wo manche bis zu drei Jahre lang ausharren mußten, bis sie vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt wurden. Mancherorts brach die Verwaltung zusammen. An Universitäten mußten ganze Fakultäten geschlossen werden, weil die Professoren in Lagern saßen. ...

Erst als der Kalte Krieg zwischen Ost und West ausbrach, änderten die US-Besatzer ihre Politik. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Dezember 2007 (x887/...): >>>Einseitige Sichtweise

Deutsch-polnische Geschichte: Darstellungen für den Schulunterricht ...

Deutschen Schülern die polnische Geschichte und zugleich den Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen nahezubringen, ist ein verdienstvolles, wenn auch nicht einfaches Unternehmen. Die von Matthias Kneip und Manfred Mack herausgegebenen Darstellungen und Materialien für den Geschichtsunterricht an deutschen Schulen bieten einen vielseitigen Überblick, von der Ostkolonisation und der polnischen Adelsrepublik bis zur Gegenwart, er-

gänzt durch Stellungnahmen von Historikern, Politikern und Zeitzeugen. Abbildungen, literarische Texte, Karikaturen und Landkarten oder auch Statistiken lockern die Zusammenstellung auf und tragen zur Lesbarkeit bei. Zusätzlich werden Arbeitsanregungen, Vorschläge für Referate und Facharbeiten sowie Literaturhinweise angeboten.

Ein solches Werk ist gerade in der gegenwärtigen Phase der Wiederbelebung einer Annäherungspolitik nicht hoch genug einzuschätzen. Zu Recht beklagen die Autoren die vielen noch vorhandenen Defizite in der gegenseitigen Aufarbeitung einer schwierigen Vergangenheit. Aber sie begrüßen zugleich, daß in den Schulbüchern dank der Arbeit der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission heute objektiver über das jeweilige Nachbarland informiert wird als noch bis vor wenigen Jahren.

Zu registrieren ist allerdings - wie bei vielen gutwilligen deutschen Publizisten und Wissenschaftlern - ein Geschichtsbild, das trotz aller Bemühungen um Objektivität hin und wieder schwerpunktmäßig einseitige polnische Sichtweisen wiedergibt, die nicht oder in ihrer Gewichtung nicht den Fakten entsprechen. Zum Beispiel wird die aggressive Großmachtspolitik des Marschalls Pilsudski (1867-1935), der Angriffskriege gegen mehrere Nachbarländer geführt hat, beiläufig und eher unkritisch abgehandelt.

Immerhin wurden nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile der Ukraine, Weißrußlands und Litauens, wie auch später noch das tschechische Olsa-Gebiet annektiert und "polonisiert". Aus diesen Gebieten stammten größtenteils die Menschen, die von Polen 1945 als polnische Vertriebene in den deutschen Ostgebieten, heute etwa ein Drittel des polnischen Territoriums, angesiedelt wurden.

Die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Volksabstimmungen werden nur am Rande erwähnt. Es ist von "strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien" die Rede, und daß es "im südlichen Ostpreußen und in westpreußischen Plebiszitgebieten 1920 nur wenige Stimmen für Polen gab, weshalb die Gebiete größtenteils bei Deutschland verblieben".

Die Teilung Oberschlesiens, des seinerzeit zweitgrößten deutschen Industriegebiets, auf Betreiben Polens durch den Völkerbund entgegen dem Votum der Volksabstimmung von 1921 (60:40 zugunsten Deutschlands) findet keine analytische Beachtung. Das, wie auch die Tatsache, daß Pilsudski, der 1926 nach einem Staatsstreich ein diktatorisches Regime errichtete und 1933 in Paris vergeblich wegen eines Angriffskrieges gegen Deutschland vorführen ließ (Brockhaus-Enzyklopädie 1972), ist jedoch von wesentlicher Bedeutung für die spätere politische Entwicklung.

Auch unter Berücksichtigung der polnischen Teilungen und der von Deutschen zu verantwortenden Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs erscheint es sehr gewagt und undifferenziert, Schülern die Polen sozusagen als ein überwiegend friedliebendes und tapferes, wenn auch bemitleidenswertes Volk vorzustellen, die Deutschen dagegen als eher übergriffig, dominant und aggressiv. Diese Tendenz aber durchzieht die vorliegende Geschichtsaufarbeitung. Das mag zwar der polnischen Staatsdoktrin (vom "Opfervolk" und vom "Tätervolk") entsprechen, ist jedoch ein Mangel dieses Werks, unnötig, zumal die Autoren Mitarbeiter des durchaus seriösen und auf Verständigung ausgerichteten deutschen Polen-Instituts in Darmstadt sind.

Natürlich muß der Überfall NS-Deutschlands auf Polen bei allem, was heute von deutscher Seite über Polen und über das deutsch-polnische Verhältnis geschrieben wird, immer mitgedacht werden, und das wird noch einige Jahrzehnte so bleiben - so bleiben müssen. Insofern gibt es im vorliegenden Werk zu den Verbrechen der Deutschen ausführliche Darstellungen und Materialien. Aber wem hilft es, wenn 62 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs historische Fakten, die ein kritisches Licht auf die polnische Vergangenheit werfen, vernachlässigt, heruntergespielt oder verschwiegen werden, um vielleicht in national und national-

stisch ausgerichteten Kreisen Polens wenn schon nicht Anerkennung zu finden - dazu ist das Buch wiederum zu nah an der geschichtlichen Wahrheit -, so doch wenigstens keine Empörung auszulösen? Wem könnte das nützen?

Es ist kontraproduktiv und gefährlich, wenn aus Scham über die NS-Vergangenheit und aus falsch verstandenem Entgegenkommen Geschichtsklitterung betrieben wird. Versöhnung oder wenigstens ein gutes nachbarliches Verhältnis kann nicht mit Selbstverleugnung bezahlt werden.

Ein Beispiel aus dem Kapitel "Deutschland und Polen nach dem Versailler Vertrag". Da heißt es: "Die folgende Teilung Oberschlesiens durch den Völkerbund konnte auch von drei zwischen 1919 und 1921 in Oberschlesien von polnischen Nationalisten unter der Führung von Wojciech Korfanty initiierten Aufständen gegen die Deutschen nicht mehr verhindert werden. Dabei wurde sie von Deutschen und Polen gleichermaßen als ungerecht verurteilt."

Die Fakten sehen demgegenüber so aus, daß Polen, nachdem Deutschland zu den Verlierern des Ersten Weltkriegs gehörte, ganz Oberschlesien für sich beanspruchte, Deutschland jedoch dieses wichtige Industriegebiet, das jahrhundertlang zum Deutschen Reich gehörte und mit großer unternehmerischer Initiative industrialisiert worden war, nicht hergeben wollte. Wojciech Korfanty betrieb auf polnischer Seite militant und völkerrechtswidrig ebenfalls die Abtrennung ganz Oberschlesiens von Deutschland.

Die genannten Aufstände waren genau genommen gezielt vorbereitete Unruhen und Überfälle auf deutsches Gebiet, bei denen sogar polnische Panzerzüge und Artillerie eingesetzt wurden. Worin besteht demnach die Ungerechtigkeit, die angeblich "gleichermaßen" von Deutschen und Polen verurteilt wurde? Ist es "revisionistisch", so etwas richtigzustellen?

An anderer Stelle heißt es: "Angesichts der militärischen Schwäche Sowjetrußlands an der Westgrenze versuchte Józef Pilsudski, vollendete Tatsachen zu schaffen, und löste mit einer Offensive im April 1920 den Polnisch-Sowjetischen Krieg aus. Er lehnte die sogenannte Curzon-Linie" - Empfehlung des britischen Außenministers George Curzon -, "die ungefähre Grenze der geschlossenen polnischen Siedlungsgebiete am Bug, als polnische Ostgrenze ab ..."

Das klingt harmlos. In Wirklichkeit führte Pilsudski einen Angriffskrieg gegen die im Entstehen begriffene Sowjetunion mit anschließender Annexion und "Polonisierung" der besetzten Gebiete. Warum läßt sich das nicht wahrheitsgemäß formulieren? Man würde ja den Autoren gern folgen wollen. Wenn nicht ständig diese tendenziösen Unterlassungen oder Fehlinformationen wären, die bei Kenntnis der historischen Fakten Unwillen und Verärgerung hervorrufen.

Hinsichtlich der Geschichte Ostpreußens beschränken sich die Autoren weitgehend darauf, die Rolle des Deutschen Ordens ("Geschichte und Mythos") zu referieren, um später fortzufahren: "Zu den strittigen Ergebnissen des Versailler Vertrags gehörte die Einrichtung eines 30-90 km breiten ‚polnischen Korridors‘ durch Westpreußen, um Polen einen ungehinderten Zugang zur Ostsee zu ermöglichen, sowie die Erklärung Danzigs zur ‚Freien Stadt‘ unter der Aufsicht des Völkerbunds, was das deutsch-polnische Verhältnis ebenfalls in den folgenden Jahren belastete."

Zur Staatszugehörigkeit Oberschlesiens ist zu lesen: "Das Gebiet um Oberschlesien, wo seit vielen Jahrhunderten sowohl deutsche als auch polnische Schlesier lebten, wurde in der Zeit von 1920 bis 1921, also bis zur Abstimmung, unter französische Verwaltung gestellt." Außer Betracht bleibt, daß Niederschlesien und Oberschlesien seit den Trentschiner Verträgen von 1335 und 1339 zwischen der polnischen und der böhmischen Krone offiziell und völkerrechtlich zum Deutschen Reich gehörten. Denn der böhmische König war Kurfürst des Deutschen Reiches. Später wurden diese Gebiete österreichisch, 1742 dann preußisch, also ebenfalls dem Deutschen Reich zugehörig. Die Bevölkerung war zwar "gemischt", jedoch überwiegend deut-

scher Volkszugehörigkeit, und sie unterstand der jeweiligen böhmischen, österreichischen oder preußischen Oberhoheit und Verwaltung; Amtssprache war Deutsch.

Solche Fakten bleiben unerwähnt, was die Auffassung vieler Polen bestärkt, Schlesien sei über die Jahrhunderte "mal polnisch und mal deutsch" gewesen und 1945 "heim ins polnische Vaterland" (wie an Rathäusern zu lesen ist) gekommen. Die immer wieder zutage tretende Tendenz der Autoren, dem einseitigen oder falschen polnischen Geschichtsbild dienstbar zu sein, setzt sich weiter fort in der Behauptung, viele der Spätaussiedler in der Folge der deutsch-polnischen Abkommen aus den Jahren 1970 und 1975 über die Familienzusammenführung hätten sich "weder mit Polen noch mit Deutschland eindeutig identifizieren" können. Was bedeuteten dann "Spätaussiedler" und "Familienzusammenführung"?

Nun ist Geschichtsschreibung fast immer tendenziös und oft sogar falsch. Doch solange wir Tendenzen und Geschichtsklitterung noch erkennen, sollten sie benannt werden. ...

Matthias Kneip, Manfred Mack: "Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen", ... Berlin 2007 ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Januar 2008: >>"Über alles berichten, aber nicht alles zeigen"

Von *Uwe Felgenhauer*

Vor 20 Jahren startete im deutschen Fernsehen die Kindernachrichten-Sendung "logo". In der Sendung wird das Weltgeschehen täglich altersgerecht aufbereitet. Der "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr". Da möchte so mancher Erwachsener noch mal Kind sein.

"Wer, wie, was - wieso, weshalb, warum?" Das Motto der "Sesamstraße" gilt auch für "logo" - die einzige tägliche Nachrichtensendung für Kinder im deutschen Fernsehen. Am 25. Januar 1988 wurde sie erstmals im ZDF ausgestrahlt, zehn Jahre später kam der Kinderkanal (KiKa) als zweite Heimat hinzu. Und obwohl die "logo-Redaktion" um das Zebra-Maskottchen Gunnar die anfängliche Testphase nicht mitzählt und deshalb erst 2009 das 20-jährige Jubiläum feiern will, kann man schon heute gratulieren. Zu einem Format, das dem in Artikel 13 der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Recht auf Information auch für die Kleinsten sowie dem spezifisch kindlichen Blick auf die Welt angemessen Rechnung trägt.

Aus heutiger Sicht läßt sich sogar sagen: Die Einführung von "logo" kam genau zum richtigen Zeitpunkt. Seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre registrieren Forscher eine Verrohung in der Berichterstattung der TV-Nachrichten, Gewaltopfer werden zunehmend in Großaufnahme gezeigt. Gleichzeitig spielen immer mehr Heranwachsende im Kinderzimmer und auf der Straße Krieg. Auch ein Hinweis darauf, daß sie den medial aufbereiteten Schrecken in Zeitung, Fernsehen oder Internet ohnehin rezipieren (übernehmen).

Daß Kinder auch diesen Teil der Realität brauchen, glauben mittlerweile die meisten Pädagogen. Denn Kinder müssen und wollen wissen, was auf der Welt geschieht. Nur so erhalten sie das notwendige Rüstzeug, um mitreden und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Um so mehr allerdings ist eine kindgerechte Vermittlung und dafür ein Perspektivwechsel vonnöten.

Nachrichten, die über alles berichten, aber nicht alles zeigen

Kinder reagieren auf Schreckensmeldungen mit emotionaler Verunsicherung, noch viel schneller als bei Erwachsenen blockieren zu heftige Bilder bei ihnen die Aufnahme von Informationen. Schnell fragen sie sich: Kann mir und meiner Familie das auch passieren? Um darauf Antworten zu geben, versucht "logo" in einordnenden Erklärstücken Zusammenhänge und einen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Kinder herzustellen - in einer einfachen, altersgerechten Sprache, die wie die Bilder weitestgehend auf Emotionalisierung verzichtet. So entstehen Nachrichten, die über alles berichten, aber eben nicht alles zeigen.

Wenn "logo", konzipiert für Acht- bis 13-Jährige, von Konfliktherden dieser Welt erzählt,

wird viel mit Landkarten, Zeichentrick und einfachen Grafiken gearbeitet. Beim Streit der Volksgruppen auf Sri Lanka etwa stellen fünf Strichmännchen-artige Wesen die Singhalesen dar, drei die bevölkerungsmäßig unterlegenen Tamilen. Lange hätten die beiden Volksgruppen gemeinsam regiert, heißt es im Erklärstück, dann habe ein neuer Staatschef das alleinige Sagen für die Singhalesen reklamiert, woraufhin die Widerstandsgruppe Tamilische Tiger für einen eigenen Staat zu kämpfen begonnen hätte.

Das ist zwar ebenso verkürzt dargestellt wie der Vergleich der Großen Koalition mit einer Fußball-Nationalmannschaft, in der laut "logo" Spieler zusammen antreten, deren Teams in der Bundesliga ansonsten gegeneinander spielen. Doch enthalten die derart heruntergebrochenen Fakten das Wesentliche.

Ein "logo-Jahr" für jeden Moderator

Mehrere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß die "logo-Informationsvermittlung" den Rezeptionsfähigkeiten der Halbwüchsigen weitgehend gerecht wird. Ältere Kinder verstehen zwar mehr, aber jüngere profitieren von Details, die sie in späteren Jahren dann besser einordnen können. "Berlin direkt-Moderator" Peter Hahne jedenfalls, "logo-Mitentwickler" und von 1988-1991 dort einer der ersten Nachrichten-Sprecher, betont noch heute, daß die einfache Sprache der Kinder-News seine Arbeit geprägt habe. Er wünscht jedem Kollegen ein "logo-Jahr".

Diese Kollegen könnten im KiKa auch viele positive Neuigkeiten verlesen, denn Sport- und Freizeittrends, Knut und seine Freunde sowie News aus der Musikszene sind "logo" immer eine Nachricht wert. Und auch Kinderprojekte in aller Welt stehen oft im Fokus. Den jungen, oft unter schwierigen Bedingungen aufwachsenden Menschen gibt "logo" eine deutliche Stimme. Aber natürlich auch den vielen Kindern in Deutschland, besonders wenn es Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Kriege oder Terroranschläge seelisch zu verarbeiten gilt oder wenn ihnen einfach nur etwas stinkt wie etwa eine illegale Müllkippe in der Nachbarschaft oder ein Spielplatz mit kaputten Spielgeräten. In der Rubrik "Redezeit" können sie ihr Herz ausschütten.

Seit mittlerweile zehn Jahren gibt es die Nachrichten für den Nachwuchs mit vielfältigem Angebot auch im Internet. Auf der Webseite lassen sich verpaßte "logo-Sendungen" für mobile Abspielgeräte herunterladen. Kinder sollten ihre I-Pods oder MP3-Player mit den Downloads allerdings gut verstecken. Denn sonst kann es sein, daß sie plötzlich verschwunden sind - ausgeliehen von Mama oder Papa, die endlich mal das kapierten wollen, was in der "Tagesschau" immer nur an ihnen vorüber rauscht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2008 (x887/...): >>>**Nun sind die Engländer dran**

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem letzten Weltkrieg ...

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren. ...

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner

des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.

Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.

Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.

In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrunde gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.

Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.

Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.

Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 2008 (x887/...):

>>**Alte Parolen**

Erneuter Versuch, die Wehrmacht zu diffamieren

Als vor zwölf Jahren eine im Auftrag von Jan Philipp Reemtsma konzipierte Wanderausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht unter dem Titel "Vernichtungskrieg" eröffnet und in zahlreichen Städten mit Unterstützung durch die öffentliche Hand gezeigt wurde, löste sie eine heftige Diskussion aus.

Mit ihr sollte "bewiesen" werden, daß die Wehrmacht neben der NSDAP die zweite Säule des NS-Regimes war. Ihre Führung habe die Kriegspolitik Hitlers massiv vorangetrieben. Außerdem behaupteten die Propagandisten, Deutschland und seine Wehrmacht hätten gegen Polen und die Sowjetunion einen "Vernichtungskrieg" geführt, der von unendlichen Greueln begleitet war. Das sollte mit vielen Bildern belegt werden - bis sie jämmerlich scheiterte, nachdem deutsche wie ausländische Historiker massive Fälschungen nachgewiesen hatten.

Zu den Wissenschaftlern, die Hannes Heer und Reemtsma unterstützten, gehörte die sogenannte "Rote Zelle" im zum Bundesverteidigungsministerium gehörenden Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Als ihren Kopf bezeichnete der sachkundige Publizist Rüdiger Proske Prof. Manfred Messerschmidt.

Der ist inzwischen pensioniert. Man sollte annehmen, daß das Scheitern der Propagandaausstellung ihm und seinen Gesinnungsgenossen den Mund verschlossen hätte - aber weit gefehlt. Jetzt erschien aus der Feder des langjährigen Assistenten dieses Prof. Messerschmidt, Jürgen Förster, ein schmaler Band mit einem Titel, den schon sein Lehrmeister einmal für eine Veröffentlichung genutzt hat: "Die Wehrmacht im NS-Staat". Damit wendet sich der Autor an die zeitgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit wie auch an Studenten und Schüler.

Es sei vorweg genommen: Es ist der alte Aufguß der These, die mit der ruhmlos untergegangenen Reemtsma-Heer-Messerschmidt-Ausstellung dargestellt werden sollte. Schon in der Weimarer Republik wirkte die neu gegründete Reichswehr im selben Sinne wie später die nationalsozialistische Führung. Die Deutschen sollten wieder wehrfreudig sein, damit sie auf einen eventuellen Verteidigungsfall vorbereitet sind. Die Reichswehr war nicht überparteilich, weil sie nur dem Staat dienen wollte und sollte, nicht aber den Parteien (wie in der Bundesrepublik).

So wurde die Integration der Streitkräfte im (vom Parteienstreit zerrissenen) Weimarer Staat erschwert, wenn nicht verhindert. Sie folgte sogleich nach dem 30. Januar 1933 der neuen Reichsregierung und unterstützte sie beim Aufbau der Wehrmacht wie auch bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, womit der "Beginn der nationalsozialistischen Volks-Wehrmacht" gegeben war.

Als es dann zum Krieg gegen Polen kam, stand die Wehrmachtführung hinter der Reichsregierung und war mitverantwortlich für eine "aggressive Kriegspolitik" wie für den auch von deutscher Seite hart geführten Krieg. Um ein Beispiel für die Darstellungsart zu nennen: Förster berichtet, daß bei dem Kampf um Kreta der deutsche Kommandant "mit "äußerster Härte" gegen Hunderte von Kretern vorgegangen sei, "als sich die Bevölkerung an der Abwehr der deutschen Invasion aus der Luft beteiligt hatte". Förster verschweigt, daß es sich bei der "Bevölkerung" um von der britischen Armee bewaffnete völkerrechtswidrig kämpfende Partisanen handelte.

Wie in Schriften dieser Art üblich, kommen die Gegner Deutschlands nicht vor. Man erfährt nichts von dem auch militärischen immerwährenden Druck, den die Siegermächte auf die Weimarer Republik ausübten. Allein Deutschland unter Hitler war aktiv und war natürlich auch ganz allein verantwortlich für den Ausbruch des Krieges. Im übrigen stellt Förster fest, daß damals die Angst vor dem Bolschewismus übertrieben war.

Es sind die alten Parolen, auch wenn sie jetzt unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit da-

herkommen.

Jürgen Förster: "Die Wehrmacht im NS-Staat - Eine strukturgeschichtliche Analyse", ... München 2007 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. Dezember 2008: >>**Churchill war ein böser Kriegstreiber**

Seit einigen Monaten tobt ein kleiner Sturm durch das deutschsprachige Feuilleton. Ratlos und verärgert stehen viele Blätter dem Buch eines gern gehätschelten Autors gegenüber. Nicholson Baker, anerkanntermaßen einer der großen amerikanischen Erzähler der Gegenwart und viel gelobt für seine ironischen und polemischen Vorstöße gegen die Absurditäten der Zeitläufe, hat sich diesmal unbeliebt gemacht. Statt George Bush ins Visier zu nehmen wie 2004 in "Checkpoint" oder die alltägliche Büchervernichtungen in US-Bibliotheken zu beklagen wie im "Eckenknick" von 2005, führt er diesmal vor, wie Kriege entstehen, wie Kriegsparteien sich gegenseitig hochschaukeln — pikanterweise am Beispiel des Zweiten Weltkriegs.

Schon in den USA traf das Buch auf verärgerte Reaktionen. Bei soviel anerkannter Wechselwirkung wittern bundesdeutsche Redakteure gern einen Verstoß gegen die Dogmen von Überfall und Alleinschuld und gehen quasi instinktiv dagegen vor. Dabei fällt dies in der Sache durchaus schwer. Baker hat bewußt keinen Roman geschrieben, sondern eine literarisch anspruchsvolle, aber durchgehend nicht-fiktionale Darstellung. Er verteilt keine Schuld, hält sich zurück und verzichtet weitgehend auf Wertungen historischer oder allgemeiner Art. Statt dessen läßt er Fakten sprechen und bringt, in chronologischer Reihenfolge geordnet, jeweils kleine Absätze von meistens etwa einer halben Seite, die immer recht präzise eine wahre Begebenheit schildern.

Baker geht weit zurück, bis zur allzu optimistischen Einschätzung Alfred Nobels, das von ihm neugeschaffene Zerstörungspotential werde Kriege vielleicht ganz unmöglich machen, da doch jeder die existentielle Gefährdung der Menschheit durch weitere Kampfhandlungen einsehen müsse. Gleich darauf kommt er als Kontrast zu Stefan Zweig und dessen Beobachtungen, als die liebenswürdigen Bürger im französischen Tours, die nichts über die Welt wußten, als was sie in der Zeitung gelesen hatten, eines Tages völlig verrückt vor Aggressivität wurden. Es war im Frühling 1914. Im Kino war für einen Augenblick Kaiser Wilhelm II. auf der Leinwand zu sehen gewesen.

Der Zweite Weltkrieg, dessen Vorgeschichte Baker im weiteren nachspürt, erscheint aus dieser Perspektive als eine Fortsetzung des Ersten. Das Personal blieb auf alliierter Seite an prominenter Stelle identisch, was sowohl für Winston Churchill wie für Franklin Roosevelt gilt. Es sei, als würde man eine lange unterbrochene Routine wieder aufnehmen, zitiert Baker den Kommentar des amerikanischen Präsidenten zum Kriegsausbruch am 1. September 1939. Man dachte sich zuvor auf alliierter Seite etwas und sah den Krieg kommen, ja, man verschärfte sogar den politischen Kurs hin zu einem Kriegskurs. Auf diesen Gedanken läßt Baker den Leser von selbst kommen.

Dessen ungeachtet scheut er sich nicht, mit zahlreichen Äußerungen des antinationalsozialistischen deutschen Lagers, etwa von Ulrich von Hassell oder Helmuth von Moltke, den innerdeutschen Wahnwitz zu belegen. Auch Viktor Klemperer kommt ausführlich zu Wort. Soweit er die Kriegszeit bearbeitet, konzentriert sich Baker im wesentlichen auf zwei Themen. Die Eskalation der militärischen Handlungen nach dem September 1939 und insbesondere des Bombenkriegs wird richtigerweise als von Churchill gewünscht erkennbar. Daß Hitler mehrfach und auch nach dem Fall von Frankreich Friedensbedingungen anbot, die dem britischen Botschafter in Washington, Lord Lothian, als "überaus befriedigend" erschienen und deren Annahme er dringend empfahl, gibt der Autor an dieser Stelle nicht wieder.

Baker zitiert die Begebenheit leider nur verkürzt, als allgemeine Empfehlung Lothians, im

Radio nichts gegen den Frieden zu sagen. Bakers zweites großes Thema ist die nationalsozialistische Judenverfolgung, die in der Vorkriegszeit in Hitlers öffentlicher Ankündigung vom Januar 1939 gipfelte, die europäischen Juden hätten im Kriegsfall ihre Ausrottung zu erwarten. Im alliierten Lager interessierte das eigentlich niemanden so recht.

Die immer neuen Verschärfungen der Judenverfolgung blieben von Regierungsseite ohne Echo und praktischen Rettungsversuch. Baker bricht die Darstellung mit dem Jahresende 1941 ab, für das weitere Geschehen fehlten ihm vielleicht die Worte. Möglicherweise wird dies eines Tages anders sein. Es wäre dann ein weiterer Beitrag zur Überwindung der Schuldklischees, von denen sich viele Feuilletonisten nicht abnabeln können.

Nicholson Baker: *Human Smoke — The Beginning of World War II, the End of Civilization*. Simon and Schuster, New York, London 2008, gebunden, 566 Seiten ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>...
Und heute? ... (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "ausgewählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger

japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind. Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxe Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Januar 2011 (x887/...):
>>**Falsche Moralapostel beherrschen die Szene**

von Konrad Löw

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. ...

4. Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

5. In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter (also die Vorfahren) ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist,

ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>**Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument**

Die Canossa-Republik

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. Dem totalitären Druck in der SBZ und DDR gelang gegen manchen Widerstand die weitgehende Durchsetzung der sowjetischen Staatsideologie.

...

In Westdeutschland entfaltete sich eine gründliche "Aufarbeitung" der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der KZ-Häftling Eugen Kogon unterrichtete als erster die Deutschen über den SS-Staat und sein Konzentrationslagersystem schon 1947. Der Historiker Gerhard Ritter, im Dritten Reich im Widerstand aktiv, ließ in seinen Büchern, Vorlesungen und zahlreichen Vorträgen keinen Zweifel an den "scheußlichen Untaten" des "Abenteurers" Adolf Hitler. In einem vierbändigen Werk gab er eine kritische Gesamtdarstellung der Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus.

Wie er arbeitete auch der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Hans Rothfels über "Die deutsche Opposition gegen Hitler" (1949) und vermittelte ganzen studentischen Generationen ein umfassendes Bild der Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Ludwig Dehio entwarf in seinem Werk "Gleichgewicht oder Hegemonie" (1948) das große Panorama der europäischen Staatengeschichte in der Neuzeit. In Westdeutschland wurden die NS-Verbrechen ernsthaft und kritisch aufgearbeitet, ohne daß es dazu bestimmter ideologischer Antriebe und Vormünder bedurfte.

Ein Wendepunkt kündigte sich an, als in den Weihnachtstagen 1959 Unbekannte Hakenkreuze und Naziparolen an Synagogen in Köln, Frankfurt und anderen westdeutschen Orten schmierten. Die Kommunisten in Ost-Berlin und Moskau nahmen die Vorfälle sogleich zum Anlaß einer intensiven Kampagne gegen die Bundesrepublik, wo sich angeblich "nazifaschistische" und "antisemitische" Kräfte wieder zu Wort meldeten. Eilfertig griffen nun auch viele Medien in Westdeutschland die "antifaschistischen" Parolen aus dem Osten auf. Das Hamburger Medienkartell um Spiegel, Stern und Zeit bis hin zum Westdeutschen Rundfunk und zur Süddeutschen Zeitung knüpften daran die Forderung, endlich mit der "Bewältigung" der "braunen" Vergangenheit Ernst zu machen.

Es war die Geburtsstunde jener penetranten Geschichtspolitik, die fortan die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik bestimmen sollte. Rasch ordneten die westdeutschen Kultusminister eine verstärkte Beschäftigung mit der NS-Geschichte im Unterricht der Schulen an. Es begann eine nicht immer sachgerechte öffentliche und pädagogische Debatte über die bisher angeblich unterbliebene Vergangenheitsbewältigung. Als einige Jahre später durch Überläufer bekannt wurde, daß die Vorfälle zu Weihnachten 1959 vom tschechoslowakischen Ge-

heimdienst im Auftrag des sowjetischen KGB organisiert worden waren, war die inzwischen angelaufene Geschichtspolitik längst zum Selbstläufer geworden, und kaum jemand erinnerte noch an ihre Auslösung durch die sowjetkommunistische Agitation.

Der Vorgang lieferte das Paradigma aller nachfolgenden geschichtspolitischen Kampagnen in der Bundesrepublik, die als Schuld kult oft exzessiv betrieben werden und schon dadurch ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen. Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerziehung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuld kult.

Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung. Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier – kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen – ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Beserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübke).

Treffend hatte Hans Rothfels das Wesen der Geschichtspolitik schon in seiner Auseinandersetzung mit dem Versailler Vertrag und seinem Artikel 231 über die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg bloßgelegt. Rothfels erkannte den Vertrag als geschichtspolitisches Dokument par excellence, denn hier versuchten die alliierten Sieger von 1918, so Rothfels, "in pharisäischem Selbstbewußtsein" Geschichte nach den moralischen und juristischen Kategorien von "Unschuld und Verbrechen" zu bewerten. Doch die zentralen Kategorien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis seien nun einmal nicht Schuld und Sühne, sondern "Ursache und Wirkung". Moralische Urteile sollten nur als Ergebnis einer eingehenden Analyse des ganzen Netzwerkes der Akteure, ihrer Handlungen und Motive sowie der damit verbundenen Wechselwirkungen getroffen werden.

Ganz ähnlich haben sich 2008 französische Historiker in ihrem "Appell von Blois" für die Freiheit der Geschichtsforschung und gegen "die retrospektive Moralisierung der Geschichte" ausgesprochen und festgestellt, "daß es in einem freiheitlichen Staat keiner politischen Autorität zusteht, die historische Wahrheit zu definieren". Diese Grenzziehung wird auch deutschen Politikern zur Beachtung empfohlen, wenn sie sich öffentlich etwa zur angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder – ebenso leichtfertig – über 1945 als Datum der "Befreiung" der Deutschen durch die Alliierten äußern.

Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Historikern. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Natio-

nalsozialismus zu betreiben. Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich lassen werde. ...

Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:

"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. November 2013 (x887/...): >>Wider die Alleinschuldthese

Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt ... Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".

Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.

Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.

London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem

Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.

Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete.

Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.

Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/24-26): >>**1815, 1914 und heute**

_ von Willy Wimmer

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger 1914 zerstörte die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses. 80 Jahre später wurde auf dem Balkan erneut die Stabilität auf dem Kontinent von Kugeln durchsiebt. Beide Mal war Großbritannien der heimliche Nutznießer der Destabilisierung.

Hundert Jahre ist es her, daß in Sarajevo die Hoffnungen des Habsburger-Reiches förmlich zerschossen worden sind. Die Eindrücke, die uns in diesem Gedächtnisjahr 2014 vermittelt werden, werden intensiv sein. Man wird förmlich den Flug der Kugeln verfolgen können, die die Leben von Kronprinz Franz-Ferdinand und seiner Frau aus gelöscht haben. Wie sagte es doch einen Krieg später ein Spitzenmilitär der Wehrmacht, dem die Beteiligung am Attentat nahegelegt wurde: Es werde sich doch noch ein Hauptmann mit einer Pistole finden.

In Sarajevo hat man die jungen Leute gefunden, und sie hatten durchaus Gewissensbisse. Ihre Handlangerdienste sind aber der Hinweis darauf, daß es im Jahr des Gedenkens angebracht ist, sich über die Umstände und Hintergründe in angemessener Weise die Gewißheit zu verschaffen, die heute möglich ist. Der englische Historiker John Keegan hat in *Die Schlacht um die Geschichte* eindrucksvoll klargemacht, wie wenig ein Kriegsende die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschehnisse beendet. Nach Sarajevo 1914 war das nicht anders. Oder wie soll man den Funkspruch werten, den das britische Geschwader nach Verlassen der "Kieler Woche" an seine Gastgeber von der kaiserliche Marine kabelte: "Freunde heute, Freunde morgen, Freunde für immer."

Das war einen Tag nach den tödlichen Schüssen am 28. Juni 1914 in Sarajevo und wenige Wochen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Perfides Täuschen oder die Hoffnung, die Pläne, die sich in der eigenen Schublade befanden, nicht umsetzen zu müssen? Scharen von Historikern werden jeden Stein wenden, der mit diesem Krieg verbunden ist. Sie machen es sich hoffentlich nicht so leicht wie jener geistliche Redner an der Gefallenengedenkstätte der Bundeswehr auf dem Gelände des Bendlerblocks in Berlin, als er anlässlich der Einweihung eines Mahnmals großzügig Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg beimaß.

Friedensarchitekt Metternich

Sarajevo 1914 war gleichsam der Endpunkt einer Entwicklung, die fast einhundert Jahre zuvor begonnen hatte: im Jahr 1815, nach einem Krieg, von dem jeder in Europa hoffte, niemals mehr werde sich dieses Maß an Vernichtung vor allem in Mitteleuropa wiederholen. Diese Hoffnung, die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Ausdruck kam, war nicht nur die Konsequenz des Wütens der französischen Heere, die Europa in Schutt und Asche gelegt hatten. Denn als das Verhängnis Napoleon um 1800 über Europa hereingebrochen war, hatte sich das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gerade erst von den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) erholt, der in vielen Gebieten die Bevölkerung bis zu 75 Prozent vernichtet und im Allgemeinen fast der Hälfte der Deutschen den Tod gebracht hatte.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die angelsächsische Propaganda nicht verändert.

Das sollte nie mehr geschehen, und so erklären sich die Beschlüsse des Wiener Kongresses, die den friedlichen Ausgleich von Interessen und die Verhinderung künftiger Kriege zum Inhalt hatten.

Die 1815 geschmiedete "Heilige Allianz", untrennbar mit dem Namen des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich verbunden, war durch und durch modern. Vom besiegten Frankreich wurde nicht die bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender") gefordert. Nein, der Kongreß nahm Frankreich gleichberechtigt in den Kreis der Siegermächte auf. Auch die Vorschläge des Zaren über die internationale Zusammenarbeit wurden in Wien übernommen.

Metternich, das war das Bekenntnis zur europäischen Rechtsordnung und damit zum Völkerrecht, wie es sich gerade nach dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, nach den Verträgen von Münster und Osnabrück entwickelt hatte. Damit war für das Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß festgeschrieben: Sollte es nicht möglich sein, durch Zusammenarbeit und Ausgleich den Frieden in Europa zu sichern, waren die Generalstäbe der mitteleuropäischen Staaten immerhin gezwungen, Kampfhandlungen auf deutschem Territorium zu vermeiden, um einen verheerenden Flächenbrand auch auf dem Rest des Kontinents zu verhindern.

Divide et impera

Metternich, der russische Zar und die anderen Staatsmänner auf dem Wiener Kongreß - sie waren Helden, weil sie uns Europäern das Schicksal ersparen wollten, erneut in verheerenden Kriegen hinweggerafft zu werden. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne England gemacht, das sich außerstande sah, dem Gedanken des friedlichen Interessenausgleichs und damit der "Heiligen Allianz" beizutreten. Schließlich hatte London über Jahrhunderte auf dem Kontinent ein stehendes englisches Heer unterhalten, mit dem sich so trefflich die eigenen Interessen durchsetzen ließen.

Die Erfahrungen aus dieser Periode besagten: Ein Ausgleich auf dem Kontinent war schlecht für die britische Dominanz, ein Kontinentalblock sogar verheerend.

Bei der Suche nach Möglichkeiten für die Spaltung Europas wurden britische Diplomaten auf dem Balkan fündig, wo sich im 19. Jahrhundert die christlichen Untertanen gegen die Besatzungspolitik des osmanischen Sultans wehrten. Die Kampf Begriffe der damaligen Zeit kamen uns seltsam modern vor.

Überall dort, wo England in Südosteuropa die Initialzündung vornahm, um die Völker für englische Interessen gegeneinander zu treiben, war von "Schutzverantwortung" und auch "humanitärer Intervention" die Rede. Als es 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ging, mußte man in Washington nicht einmal etwas Neues erfinden, um dem eigenen Tun den Mantel der Scheinlegitimation umzuhängen.

Schon vor 150 Jahren waren diese Begriffe geeignet gewesen, Anhänger hinter sich zu scharren, die interessierte Presse auf die eigene Seite zu ziehen und den Gegner in ein schlechtes

Licht zu rücken.

Henry Kissinger, Madeleine Albright und ihre Anhänger mußten 1999 nur auf den Fundus des britischen Imperialismus zurückgreifen, um dem US-gesteuerten Faustrecht quasi legale Völkerrechtsstrukturen aufzuschminken. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das heute im digitalen Idiom wiederholt: Man schreibt dort von R2P, Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), wenn man einer NATO-Intervention das humanitäre Mäntelchen umhängt. Wie die Vereinten Nationen und vor allem die blockübergreifende OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Ende des 20. Jahrhunderts konnte auch die "Heilige Allianz" in diesem aggressiven Milieu nicht überleben - und das war gewollt. Die Schüsse von Sarajevo galten irgendwie Metternich und seinem Friedensprojekt.

Euroshima

Noch bis in die 1980er Jahre war die Angst vor einer Vernichtung Mitteleuropas manifest, wie sich in der berühmten "Petition Schneider" zum unbegrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa zeigte. In dieser Petition an den Bundestag hatte der Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums, Reinhard Schneider, 1984 darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägigen Rot-Kreuz-Abkommen das nukleare Austoben in Mitteleuropa erlaubten - nur westlich der deutschen Grenze war der Atomwaffeneinsatz als völkerrechtswidrig geächtet. Es war der Horror vor diesem Szenario, der den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1989 veranlaßte, die NATO-Übung Wintex/Cimex zu verlassen, weil schon das Planspiel den atomaren Untergang Deutschlands postulierte.

Krieg auf dem Balkan

Eine ferne Zeit? Gewiß nicht, denn es jährt sich 2014 nicht nur zum hundertsten Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern zum fünfzehnten Mal auch der NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Dabei war doch die Konferenz von Paris 1990 ein Fanal der Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Alle Verantwortlichen hatten alles eingesehen und auch begriffen. Es führte kein Weg mehr an Zusammenarbeit vorbei, und das war auf dem festen Fundament der Ost-West-Abkommen von Helsinki (Schlußakte der KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - von 1975) machbar gewesen. Deutschland war wieder vereint, Abrüstung war angesagt, Friedensdividende möglich. Wohin man blickte, Völkerrecht überall.

Die Konzepte, wie es besser gemacht werden konnte, jagten einander. Heute, wo bei zukunftsweisenden Konzepten Grabesstille herrscht, mutet das verwegen an.

R2P ist das neumodische Kürzel für NATO-Intervention.

Man hätte hellhörig werden müssen, als Henry Kissinger international, aber auch in großen deutschen Zeitungen, die völlige Abkehr von der in Europa bestehenden Völkerrechtsordnung forderte.

Schon in den Jahren nach 1990 hatten die USA, im Verbund mit Großbritannien, die damalige KSZE (die heutige OSZE) lahmgelegt. Nichts sollte sich mehr entwickeln, weil Zusammenarbeit auf dem Kontinent den eigenen Manövrierraum und die globalen Interessen der Amerikanisierung schmälerte. Wohin sollten die KSZE und EU-Europa für die USA führen? Man übernahm statt dessen Verhaltensweisen, wie sie die inzwischen verschwundene UdSSR praktiziert hatte. Bei der Konferenz der Ostsee-Anrainer wollten die USA mit am Tisch sitzen. Kein Wort sollte zwischen Staaten gewechselt werden ohne Kenntnis der USA! Mitgliedschaft bei der Rhein-Main-Donau-Konvention?

Nichts wie her für die USA. Es war faszinierend.

Aber ein Meisterstück mußte noch her, um die Völkerrechtsordnung für Europa zu beseitigen und dem Faustrecht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Als die amerikanische Außenministerin Albright 1999 Freischärler-Führer der kosovo-albanischen Untergrundarmee

UCK öffentlich herzte, war der europäische Frieden suspendiert. Da brauchten die Bomben auf Belgrad, Bagdad oder Kabul erst gar nicht zu fallen. Mit Zusammenarbeit hatte man das Ende des Kalten Krieges erreicht, um anschließend dem Faustrecht und dem Krieg wieder Tür und Tor zu öffnen. Da war Metternich von anderem Kaliber.

_ Willy Wimmer, Jahrgang 1943, trat 1958 in die CDU ein und war von 1976 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages. Von 1988 bis 1992 war er als Staatssekretär für Verteidigung Mitglied der Bundesregierung. Neuerscheinung im September 2014: "Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure von 1914 bis heute" von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer (Zeitgeist-Verlag ...).<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Januar 2015: >>Michelalarm

Schon länger hat man ihn vermißt, den guten alten deutschen Michel. Er tritt kaum noch in der Öffentlichkeit auf, und sein Ruf als Personifikation des Deutschen, als echte Nationalfigur, schwindet zusehends dahin. Nun hat Thomas Petersen vom Allensbach-Institut in der FAZ die neuesten Zahlen bekanntgegeben. Demnach können inzwischen nur noch 41 Prozent der Deutschen mit dem deutschen Michel als Symbolfigur überhaupt etwas anfangen. Bei den Unter-Dreißigjährigen sind es sogar nur noch 17 Prozent, die ihn richtig zuordnen können.

Es scheint so, als drohte damit eine Tradition ins Leere zu laufen, die sich immerhin bis in die Frühe Neuzeit zurückverfolgen läßt. Seine besten Zeiten hatte der Michel wohl während der Reformation und im 19. Jahrhundert, beides Zeiten, in denen sich die Deutschen auf sich selbst besonnen und die eigenen Stärken und Schwächen registriert haben. Sie erkannten sich im einfachen Mann mit Mütze wieder, ausgesöhnt mit Deutsch als Volkssprache und ausgestattet mit einer leichten Selbstironie über die eigene Versonnenheit und Trägheit. Auch die Wirtschaftswunderrepublik der Nachkriegszeit konnte sich nach 1945 noch ganz gut in ihm erkennen.

Ein Welteroberer ist der Michel nie gewesen, so wenig wie die Deutschen insgesamt. Wenn er etwas symbolisiert hat, dann das urdeutsche Verlangen, doch bitte in Ruhe gelassen zu werden, von den Zeitumständen, von der Weltpolitik, von den Ansprüchen eigener besserwisserischer Oberschichten, oder von der kulturellen Landnahme durch ausländische Traditionen, ob sie sich früher nun im Zwang zum Gebrauch lateinischer oder französischer Vokabeln ausdrückten.

Soll der deutsche Michel beiseite treten?

Wahrscheinlich ist der Michel heutzutage, als nicht mehr verwendete Symboldarstellung, ein weiteres Opfer von NS-Hysterie. Die Karikaturisten und Zeichner aktueller Prägung dürften derzeit wohl mehrheitlich davon ausgehen, daß in der Mitte der Gesellschaft nicht die Schlafmütze, sondern eher die latente Gefahr lauert. Jedenfalls läßt sich die Mütze nur schwer für den stets angesagten gesellschaftskritischen Alarmismus mobilisieren. So hätte es sich eigentlich angeboten, die vielerorts in Deutschland demonstrierenden "-gida"-Anhänger als Michel zu karikieren. Das war den Redaktionen wohl zu harmlos. Daher mußte auch "-gida" mit Terrorismus- und NS-Verdacht in Verbindung gebracht werden.

Insgesamt gibt es wirklich etwas Grund für eine Alarmmeldung. Der deutsche Michel hat schon viel überstanden. Wenn er jetzt langsam beiseite treten sollte, wird das kaum nur symbolisch geschehen.

Über Stefan Scheil

Historiker, 1963 in Mannheim geboren, Studium der Geschichte und Philosophie in Mannheim und Karlsruhe, Dr. phil. 1997 in Karlsruhe. Er ist Autor zahlreicher Buchveröffentlichungen zur Vorgeschichte und Eskalation des Zweiten Weltkriegs, sowie zum politischen Antisemitismus in Deutschland, Träger des Gerhard-Löwenthal-Preises für Journalisten 2005, verheiratet und Vater von zwei Kindern.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 24. April 2015: >>Der schwärzeste Tag der US-amerikanischen Geschichte

Vor vierzig Jahren stürmten kommunistische Truppen Saigon: Das Ende des Krieges bedeutete für Millionen Vietnamesen den Beginn einer Schreckenszeit

Am 27. Januar 1973 unterzeichneten die USA sowie Nord- und Südvietnam das Pariser Friedensabkommen, in dem sich die Vereinigten Staaten zu einem vollständigen Truppenabzug aus dem südostasiatischen Land verpflichteten. Allerdings war der Konflikt damit noch nicht beendet, denn es kam zu weiteren militärischen Zusammenstößen zwischen der Armee des kommunistischen Nordens (PAVN) und den Streitkräften der Regierung in Saigon (ARVN), welche bis dahin die Unterstützung Washingtons genossen hatten.

In deren Verlauf geriet die ARVN sofort in die Defensive. So konnte die PAVN im März 1975 die Demarkationslinie überschreiten und im Verein mit den in Südvietnam operierenden Vietcong-Guerillas zügig nach Süden vorrücken. Dabei stießen die Nordvietnamesen nur bei Xuan Loc auf nennenswerten Widerstand. Hier entspann sich zwischen dem 9. und 20. April die letzte große Schlacht des Vietnamkriegs, in der die 18. Infanterie-Division der ARVN versuchte, den dreifach überlegenen Feind aufzuhalten - allerdings vergeblich. Deshalb erreichte das IV. Korps der PAVN dann am 21. April 1975 den Stadtrand von Saigon.

300.000 Südvietnamesen wurden nach 1975 ermordet

Das bewog den südvietnamesischen Präsidenten Nguyen Van Thieu zur Flucht nach Taiwan, woraufhin Vizepräsident Tran Van Huong die Macht übernahm, die er dann aber schon am 28. April an General Duong Van Minh übergab. Einen Nutzen vermochten diese Personalrochaden freilich nicht mehr zu zeitigen: Saigon war verloren. Die finale Offensive der PAVN begann am 29. April, woraufhin die Vereinigten Staaten eine großangelegte Evakuierungsaktion einleiteten, um ihre eigenen Bürger, aber auch südvietnamesische Zivilbeschäftigte der US-Dienststellen, in Sicherheit zu bringen. Immerhin eilte den Truppen Hanois der Ruf voraus, "Kollaborateure" gnadenlos zu exekutieren - so beispielsweise geschehen 1968 anlässlich eines Vorstoßes nach Hue.

Während der "Operation Frequent Wind" brachten US-Helikopter 1.373 Amerikaner und 5.595 Südvietnamesen auf Flugzeugträger vor der Küste - wobei lediglich ein Hubschrauber durch Absturz verloren ging, weil der PAVN-Oberbefehlshaber Van Tien Dung angeordnet hatte, nicht auf die amerikanischen Maschinen zu schießen, welche Rettungsflüge durchführten. Allerdings drangen seine Truppen zeitgleich ins Zentrum der südvietnamesischen Hauptstadt ein. Besonders tat sich dabei eine Panzereinheit unter dem Kommando von Oberst Bui Tin hervor: dessen T-54 rasselten am 30. April mit brachialer Gewalt auf den Hof des Präsidentenpalastes, in dem Staatschef Minh bereits wartete, um die bedingungslose Kapitulation zu erklären, welche dann zum 1. Mai 1975 in Kraft trat.

Damit endete der seit zwanzig Jahren andauernde Krieg, der Vietnam in extremer Weise heimgesucht hatte. So war das Land infolge der massiven Luftangriffe der US Air Force mit 21 Millionen Bombenkratern übersät, dazu kam die Entlaubung von 3,3 Millionen Hektar Wald durch dioxinhaltige Herbizide wie das berüchtigte "Agent Orange". Darüber hinaus steckten noch rund 3,5 Millionen Landminen im Boden Vietnams.

Der Vietnamkrieg forderte den Tod zahlloser Nord- und Südvietnamesen - wie viele genau, ist bis heute nicht zu ermitteln: Möglicherweise waren es an die vier Millionen. Die USA wiederum verloren exakt 58.220 Soldaten, davon wiederum 18 Prozent durch "friendly fire".

Und das Sterben war dann auch mit dem nordvietnamesischen Sieg noch nicht vorbei, denn die Kommunisten begannen nun mit der Liquidierung politischer Gegner; vermutlich wurden dabei um die 200.000 Südvietnamesen ermordet. Des weiteren wanderten etwa 2,5 Millionen "Reaktionäre" in "Umerziehungslager", in denen nochmals 165.000 Menschen zugrunde gingen. Ebenso deportierten die Handlanger der Partei der Werktätigen Vietnams eine Million

Einwohner Saigons in sogenannte "Neue Ökonomische Zonen" auf dem Land, wo sie Sklavenarbeit leisten mußten, was zu weiteren 50.000 Todesfällen führte.

Ansonsten setzte durch die Verstaatlichung der südvietnamesischen Industrie und die flächendeckende Bildung landwirtschaftlicher Kooperativen ein rapider wirtschaftlicher Niedergang ein, der ab 1978 zu dramatischen Massenfluchten führte: Bis Ende der achtziger Jahre verließen etwa 1,6 Millionen Menschen die nunmehrige Sozialistische Republik Vietnam und landeten als "Boat people" in Hongkong, Macao, Singapur und anderswo - sofern sie nicht im Südchinesischen Meer ertranken oder Piraten zum Opfer fielen. An die 10.500 dieser Flüchtlinge wurden vom Hospitalschiff "Cap Anamur" aufgenommen und nach Deutschland gebracht, wo sie politisches Asyl erhielten und nachfolgend ein Beispiel an gelungener Integration boten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>"Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.

Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige ZDF-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten

Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harlfinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. September 2016: >>"Deutschland muß sterben"

Linksextreme Musikgruppen verbreiten Haßbotschaften

Nicht jeder Justizminister bringt die Chuzpe auf, einer Formation zu applaudieren, die noch vor kurzem vom Verfassungsschutz beobachtet worden ist. Doch Heiko Maas hat auch diese gesinnungsethische Hürde souverän gemeistert.

Die aus Vorpommern stammende Rockcombo *Feine Sahne Fischfilet* war in Anklam bei einem vor allem gegen die AfD gerichteten Konzert "gegen Rechts" aufgetreten. Auf Facebook wertete Maas dies als "tolles Zeichen gegen Fremdenhaß und Rassismus". Die Band, die in Liedern unter anderem "Deutschland ist scheiße, Deutschland ist Dreck!" oder "Die Bullenhelme - sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein" verlautbart, wurde bis

2014 vom Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern beobachtet (die JUNGE FREIHEIT berichtete).

Die schlichten Strickmuster der politischen Botschaft, die von der Band verbreitet werden, finden sich häufig bei ähnlichen linken Szene-Musikgruppen. Sie bestehen in der Regel aus Deutschland-Bashing, Beschimpfungen von Polizisten und "Nazis" sowie der Verherrlichung linker Gewalt. Deutschland wird als ein durch die NS-Geschichte moralisch widerlegtes Land verstanden, dem man den Untergang wünscht. Es wird als ein rigoros gegen Einwanderer vorgehender Polizeistaat dargestellt, der Nichtdeutsche und Linke mit Brutalität verfolge, aber kriminelle "Rechte" oder "Nazis" gewähren lasse. "Sogenannter Autonomer, abgestochen von stolzen Deutschen", sangen beispielsweise anklagend *Die goldenen Zitronen* in ihrem Lied "Das bißchen Totschlag".

Es wird an die Aggressivität der Szene appelliert

Als "Gegenwehr" wird in vielen Liedern ermunternd an die latente Aggressivität der eigenen Szene appelliert, unter Berufung auf das Faustrecht gegen "Nazis" und "Bullen" vorzugehen. Man könnte so weit gehen, daß die einzige Funktion derartiger Bands ist, das vorhandene Aggressionspotential der Szene mit musikalischen Mitteln aufzustacheln. Die aus der linken Szene stammenden Besucher derartiger Konzerte sind sich dieser Wirkung durchaus bewußt, suchen diese, um sich "in Stimmung" bringen oder um die eigene Gefühlswelt bestätigt zu bekommen.

Angefangen hat auch diese Entwicklung im "Roten Jahrzehnt" der Post-68er-Zeit. Schon während der Zeit der Studentenrevolte wurde beim Genuß von Janis Joplin oder den Rolling Stones die Bedeutung von Musik als verbindendes Element dieser heterogenen Jugendbewegung erkannt. War die linke Szene der folgenden K-Gruppen-Zeit noch von nostalgischen Arbeiterliedern sowie der DKP-Liedermacher-Szene um Hannes Wader und Franz Josef Degenhardt beherrscht, so kam es Ende der siebziger Jahre zum ersten Modernisierungsschub. Die linke Szene erkannte, daß über Musik suggestiv politischer Einfluß ausgeübt werden kann, der auch breitere Schichten wenig politisierter junger Menschen erreicht. Musik- und Eventhungrigen werden somit politische Botschaften vermittelt, denen sie sich schon durch die Gruppenprozesse solcher Massenevents nicht aktiv entziehen können.

"Rock against Racism" gilt als Vorbild

Das erste "Rock gegen Rechts"-Festival fand 1979 als Reaktion auf eine NPD-Kundgebung in Frankfurt am Main statt. Neben Gewerkschaftern, Jungsozialisten und den "Spontis" um Joschka Fischer spielte die von Ost-Berlin finanzierte DKP-Jugend SDAJ und deren Zeitung *elan* eine wichtige Rolle im Organisationsteam. Als Vorbild galt die britische "Rock Against Racism"-Veranstaltung, die 1978 von der "Anti Nazi League" in London ausgerichtet worden war. "Rock gegen Rechts" wurde in den Folgejahren unregelmäßig immer wieder neu aufgelegt und gilt bis heute als Strickmuster von Veranstaltungen wie nun in Anklam.

Seit den achtziger Jahren entwickelte sich zudem in der linken Szene eine eigene musikalische Subkultur. Anfangs kam die "Punk"-Musik dem Bedürfnis der Szene nach einem aggressiveren Ausdruck entgegen.

Ein Produkt jener Anfangszeit ist die 1979 gegründete und bis heute aktive Hamburger Punkband *Slime*. Deren bekannteste Liedzeile lautete: "Wo Faschisten und Multis das Land regieren / Wo Leben und Umwelt keinen interessieren / Wo alle Menschen wie ich verlieren / Da kann eigentlich nur noch eins passieren .../ Deutschland muß sterben, damit wir leben können! (...) / Deutschland verrecke, damit wir leben können!"

Parolen wie "Polizei SA - SS" gehen auf *Slime* zurück, möglichenfalls auch die Abkürzung A.C.A.B. ("All Cops Are Bastards"). *Slime*-Lieder dienten zur Anregung für viele deutsche Musiker. So verwendeten zum Beispiel Die Ärzte Elemente aus dem Lied "Bullenschweine". Punk- und Rock-Musik kommen bis heute der Stimmungslage der Szene entgegen. "Nie wie-

der Pegida" trällerte beispielsweise dieses Jahr die Hannoveraner Punkgruppe *Abstürzende Brieftauben*. Die 2006 gegründete bayerische Elektropunk-Band *Frittenbude* ist dagegen durch ihre aktivere Unterstützung linksautonomer "Antifa"-Gruppen bekannt. Sie verwendet in Remixen Lieder anderer Gruppen, fügt diesen aber eigene Texte hinzu. In Abwandlung eines "Egotronic"-Liedes singt die Gruppe: "Wir haben euch was mitgebracht. (Baß, Baß, Baß). Fürs Nazi- und Faschistenpack gibt's Haß, Haß, Haß!"

Frittenbude steht unter Vertrag des Hamburger Plattenlabels Audiolith. Dessen Gründer Lars Lewerenz sorgte 2010 für einen Eklat, als das Label den "HANS" der Interessengemeinschaft Hamburger Musikwirtschaft gewann. Auf der Preisverleihung bezeichnete er Hans Albers, den Namensgeber des Preises, als "Scheißtyp, der die übelste Nazi-Propaganda gebuckelt hat" und zertrümmerte den Preis mit einer Axt.

Ende der achtziger Jahre kam es zum zweiten Modernisierungsschub der linken Musikszene. Mit dem Aufkommen von Hip-Hop einerseits und der Techno-Bewegung andererseits fanden sich rasch Musiker, die auch diese Stilrichtungen für die Botschaften der Szene vereinnahmten und nutzbar machten.

Etablierte Musiker "gegen Rechts"

Im Techno-Sektor spielte der Berliner Alec Empire eine Vorreiterrolle. Mit seiner Formation *Atari Teenage Riot* veröffentlichte er Stellungnahmen gegen Nationalstaaten, so mit den Songs "Deutschland Has Gotta Die" oder "Hetzjagd auf Nazis", der mit dem Spruch "Der 9. Schuß ging sauber durch die Stirn" eingeleitet wird. *Empire* trat sowohl als Anheizer bei der von Krawallen begleiteten 1. Mai-Demo 1999 in Berlin auf wie auf diversen internationalen Festivals, von Kanada über die Niederlande bis nach Polen.

Weniger einflußreich im Techno wurde der Sänger Torsun mit der 3-Mann-Formation Egotronic, der das "Raven gegen Deutschland" propagiert. Als Koordinationszentrale für "DJs gegen Rechts" fungiert seit 2000 die von den Techno-DJs Monika Kruse und Gregor Wildermann ins Leben gerufene Partyreihe "No Historical Backspin". Die Initiative gibt vor, "ein Zeichen gegen rassistische und intolerante Strömungen" setzen zu wollen und betont die politische Ausrichtung "der Techno-, House- und Clubszene" gegen Vorstellungen einer reinen Spaßgeneration.

"No Historical Backspin" ist mit der Amadeu-Antonio-Stiftung verbunden, verlinkt jene auf der eigenen Internetseite und gibt auch deren Stiftungs- als Spendenkonto an. Der international tätige Techno-DJ und Produzent Paul von Dyk und *die Toten Hosen* gehören zu den Unterstützern.

Neben Techno wurde die Sprechmusik des Hip-Hop als geeignetes Medium zum Übermitteln von Botschaften erkannt. Als geistiger Vordenker diente das 1988 gegründete Musikmagazin ZAP, das "autonomen" Gedankengut nahestand und sich Anfang der neunziger Jahre intensiv mit der Nutzung von Rap auseinandersetzte. Das Blatt verbreitete damals die vermutlich radikalste Haß- und Gewaltapologie der Szene. So wurden diejenigen kritisiert, die "in der heutigen Zeit noch eine Minute Zeit für die Gewaltdiskussion" verschwenden würden: "Der Kampf wird schneller und härter, aber auch unauffälliger und anonym."

ZAP beschäftigte sich damals mit den neuen Bands *Advanced Chemistry* und *Anarchist Academy* und führte 1993 ein Interview mit dem vielversprechenden jungen Rap-Musiker Jan Delay, der bald darauf mit seiner Formation *Absolute Beginner* den Sprung in die Charts und Fernsehkanäle schaffen sollte. Seither existiert das Phänomen linksradikalen Polit-Hip-Hops. So erregte das Rap-Lied "Rote Flora bleibt" der Sänger "Johnny Mauser" und "Captain Gips" die Aufmerksamkeit des Hamburger Verfassungsschutzes, da darin zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen wurde: "Von der Flora kriegt ihr nix, höchstens Tritte ins Gesicht!"

So offen linksradikale Musiker sind allerdings unterhaltungsmusikalische Randphänomene. Meist bleibt ihr direktes Wirkungsumfeld auf "autonome" Szenetreffs beschränkt, nur gelegentlich bekom-

men sie von sympathisierenden Journalisten eine lobende Erwähnung in der Presse. Bedeutender sind etablierte Musiker, die ein Millionenpublikum in Medien und auf Konzerten erreichen, und die die Politisierung nur als Nebentätigkeit betreiben. Seit Jahren verbreiten beispielsweise Udo Lindenberg, *Die Toten Hosen*, *Die Ärzte* oder die *Sportfreunde Stiller* regelmäßig Stellungnahmen "gegen Rechts" gegenüber einem weit größeren Publikum, als es *Feine Sahne Fischfilet* je erreichen werden.<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>"Über Grenzen"

... Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?

Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?

Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?

Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?

Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.

Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.

Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<